

04.12.2019

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 3081 vom 30. Oktober 2019
der Abgeordneten Alexander Langguth, Frank Neppe und Marcus Pretzell FRAKTIONSLOS
Drucksache 17/7737

Ein extremistisch geprägtes Bündnis verhindert eine Veranstaltung von der Werte Union und Hans-Georg Maaßen – Wie steht es um die Akzeptanz des Pluralismus der politischen Linken?

Vorbemerkung der Kleinen Anfrage

Das Bündnis „Düsseldorf stellt sich quer“ teilte am 28.10.2019 auf Facebook mit, dass seine Protestankündigung gegen eine Veranstaltung der Werte Union in Düsseldorf einen ersten Erfolg zeige: „Maaßen wird nicht[,] wie zunächst von der extrem rechten Werte Union (WU) angekündigt[,] im Brauhaus im Quadenhof in Gerresheim auftreten. Wir danken dem Wirt ausdrücklich für seine Entscheidung gegen Rassismus und das Ausladen der WU.“¹ In dem Protestaufruf heißt es unter anderem: „Zeigen wir Maaßen und der Werte Union der CDU, dass sie und ihr Rassismus in Düsseldorf nicht willkommen sind!!!“²

In der Rubrik „Über uns“ zählt das Bündnis „Düsseldorf stellt sich quer“ auf seinem Internetauftritt unter Gruppen und Initiativen unter anderem neben der Antifaschistischen Linken Düsseldorf, der DKP Düsseldorf und Gerresheim, der interventionistischen Linken Düsseldorf sowie der Linksjugend [‘solid] NRW und Düsseldorf auch die Grüne Jugend Düsseldorf und die SPD Düsseldorf auf.³ Die Linksjugend [‘solid], die DKP und die interventionistische Linke werden vom nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz

¹ <https://www.facebook.com/duesseldorfstelltsichquer/> abgerufen am 29.10.2019

² <https://duesseldorf-stellt-sich-quer.de/> abgerufen am 29.10.2019

³ <https://duesseldorf-stellt-sich-quer.de/ueber-uns/> abgerufen am 29.10.2019

Datum des Originals: 04.12.2019/Ausgegeben: 10.12.2019

beobachtet und dem Linksextremismus zugeordnet.⁴ Wenn Teile der Parteien, die die vergangene Landesregierung gestellt haben, gemeinsam mit linksextremistischen Gruppierungen mittels Protestankündigungen einen Versammlungsstättenbetreiber so lange einschüchtern, bis dieser eine Veranstaltung einer Gruppierung einer Partei, welche aktuell Teil der Landesregierung ist, in seinen Räumlichkeiten absagt, ist dies kein gutes Zeichen für das Demokratieverständnis der politischen Linken.

Zwar gehören Demonstrationen sowie Gegenveranstaltungen zur Demokratie, wenn diese jedoch zur Bedrohung und Einschüchterung genutzt werden, wird die Grenze vom demokratischen hin zum extremistischen Protest überschritten. Auch innerhalb des Sammelbündnisses „Ende Gelände“ arbeiten die interventionistische Linke, die Linksjugend [solid] und die Grüne Jugend daran, die Grenzen zwischen dem demokratischen und dem extremistischen Protest zu verwischen.⁵ Protestankündigungen eines Bündnisses, in dem sich mehrere vom Verfassungsschutz beobachtete Gruppierungen befinden, müssen Versammlungsstättenbetreiber als Drohungen mit ungewissen Folgen verstehen, denn nicht grundlos heißt es im Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2018: „Die Autonomen als bekannteste Subkultur im Linksextremismus definieren ihre Ziele vorrangig durch Gegenproteste, wohingegen die Formulierung konkreter politischer Ziele – abgesehen von der Eroberung sogenannter „Freiräume“ – kaum festzustellen ist. [...] Gleichzeitig wenden Autonome zur Durchsetzung ihrer eigenen Auffassungen zunehmend enthemmte Gewalt gegen Meinungsgegner an und versuchen damit, diese einzuschüchtern und gesellschaftliche Diskurse nach ihren Vorstellungen zu steuern.“⁶

Der Minister des Innern hat die Kleine Anfrage 3081 mit Schreiben vom 4. Dezember 2019 namens der Landesregierung im Einvernehmen mit der Ministerin für Kultur und Wissenschaft beantwortet.

- 1. Teilt die Landesregierung die Ansicht von „Düsseldorf stellt sich quer“, dass der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsschutzes Hans-Georg Maaßen mit seinem „Rassismus“ in Düsseldorf nicht willkommen sei?**

Art. 5 des Grundgesetzes gewährleistet die Meinungsfreiheit für Jedermann. Dies gilt grundsätzlich sowohl für Meinungsäußerungen des Bündnisses „Düsseldorf stellt sich quer“ als auch etwaige Meinungsäußerungen von Herrn Hans-Georg Maaßen.

- 2. Plant die Landesregierung infolge der extremistisch geprägten Proteste gegen Veranstaltungen von politisch Konservativen und Versammlungsstättenbetreiber, die ihnen ihre Räumlichkeiten zur Verfügung stellen, Veranstaltungsteilnehmer sowie Mitarbeiter und Versammlungsstätten zukünftig in einem größeren Ausmaß als bislang geplant zu schützen?**

Über Erforderlichkeit und Umfang von polizeilichen Maßnahmen entscheidet die jeweils zuständige Kreispolizeibehörde. Art und Umfang polizeilicher Maßnahmen werden nach Maßgabe der polizeilichen Beurteilung der Lage getroffen.

⁴ Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2018, Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, S. 157ff.

⁵ <https://www.ende-gelaende.org/unterstuetzerinnen-2019/> abgerufen am 30.10.2019 und Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2018, Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, S. 180.

⁶ Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2018, Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, S. 178.

3. **Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung über Einschüchterungsversuche zulasten von Betreibern von Versammlungsstätten in NRW durch politisch links orientierte Aktivisten/ Extremisten in den vergangenen zwei Jahren vor, welche mit dem Ziel verbunden waren, politische Zusammenreffen zu verhindern?**
4. **In wie vielen Fällen meldeten in den vergangenen zwei Jahren Betreiber von Versammlungsstätten Bedrohungen sowie gewalttätige Übergriffe auf sich und ihre Mitarbeiter sowie Sachbeschädigungen an ihren Versammlungsstätten durch politisch links orientierte Aktivisten/ Extremisten, die mit Protesten gegen politische Veranstaltungen in Verbindung zu bringen sind?**

Die Fragen 3 und 4 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet:

Die nachgefragten Informationen können nicht automatisiert erhoben werden. Eine händische Auswertung des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes - Politisch motivierte Kriminalität (KPMD-PMK) ist im für die Beantwortung einer Kleiner Anfrage zur Verfügung stehenden Zeitraum nicht möglich.

5. **Welche Maßnahmen plant die Landesregierung, um das Demokratieverständnis, insb. die Toleranz gegenüber anderen politischen Ansichten, bei Vertretern des politisch linken Spektrums zu fördern?**

Die Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen im Ministerium für Kultur und Wissenschaft hat die zentrale Aufgabe, alle Bürgerinnen und Bürger zum demokratischen Engagement zu motivieren und Handlungskompetenzen zu fördern. Zu diesen Handlungskompetenzen gehört auch die Toleranz gegenüber anderen politischen Ansichten auf Basis von Grund- und Menschenrechten. Für 2020 plant die Landeszentrale für politische Bildung ein anpassbares Dialogformat zu entwickeln, mit dem Teilnehmende von Protestbewegungen mit Vertreterinnen und Vertretern aus den Bereichen Politik, Verwaltung und Sicherheitsbehörden zusammengebracht werden, um gemeinsam Themen wie „Gewalt von und gegen Polizei“, legitime und illegitime Protestformen sowie Fragen der demokratischen Gestaltung von gesellschaftlichen Transformationsprozessen zu diskutieren.

Der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz beteiligt sich an Aus- und Fortbildungsveranstaltungen zu den verschiedenen Phänomenbereichen des politischen Extremismus. Darüber hinaus bietet der Verfassungsschutz Präventionsprogramme für alle Phänomenbereiche des politischen Extremismus an.